S 13 AL 638/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 10 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 13 AL 638/99 Datum 24.11.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 AL 23/00 Datum 12.09.2002

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 24.11.1999 wird zurückgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die Aufhebung der Bewilligung eines Lohnkostenzuschusses an den Kl \tilde{A} ¤ger f \tilde{A} 1 4r die Einstellung der Arbeitslosen D. J. , geboren 1980, in der Zeit vom 17.12.1998 bis 14.10.1999 und Erstattung von 19.866,67 DM.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er \(\tilde{a}\)\(\tilde{\tilde{G}}\) Inhaber der Firma S. 2000 Tele Marketing in S./Oder \(\tilde{a}\)\(\tilde{\tilde{G}}\) erhielt von der Beklagten ab 15.10.1998 Leistungen der freien F\(\tilde{A}\)\(\tilde{f}\)rderung gem \(\tilde{A}\)\(\tilde{s}\) 10 Sozialgesetzbuch Arbeitsf\(\tilde{A}\)\(\tilde{f}\)rderung (SGB III) zur betrieblichen Eingliederung der Arbeitslosen D. J. aus dem Sonderprogramm des Arbeitsamtes E. zur Integration arbeitsloser Jugendlicher sowie Fachhochschul-/Hochschulabsolventen f\(\tilde{A}\)\(\tilde{f}\)\rder die Dauer von einem Jahr in Gestalt eines Lohnkostenzuschusses in H\(\tilde{A}\)\(\tilde{f}\)he von 24.000,00 DM. Dieser wurde an den Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er in einer Summe gezahlt. Im Bewilligungsbescheid vom 19.10.1998 wurde der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)er darauf hingewiesen,

unaufgefordert jede \tilde{A} nderung mitzuteilen, die $f\tilde{A}$ den Anspruch auf $f\tilde{A}$ rderung von Bedeutung ist. Bezug genommen wurde ferner auf die mit der Antragstellung bekannt gegebenen $f\tilde{A}$ rderregelungen.

Am 17.12.1998 meldete der KlĤger sein Gewerbe bei der Stadtverwaltung S./Oder mit Wirkung zum 16.12.1998 ab und teilte dies der Beklagten mit Schreiben vom 17.12.1998 mit, wobei er auf Zahlungsschwierigkeiten hinwies. Die BetriebstĤtigkeit sei vollstĤndig eingestellt und die Mitarbeiter ab 16.12.1998 freigestellt worden. Mit Bescheid vom 12.03.1999 hob die Beklagte ihre Bewilligungsentscheidung für die Zeit vom 17.12.1998 bis 14.10.1999 gem § 47 Abs 2 Satz 1 Nr 1 Sozialgesetzbuch Verwaltungsverfahren (SGB X) auf und forderte den überzahlten Zuschuss in Höhe von 19.866,67 DM zurück. Den Widerspruch des KlA¤gers, den dieser nicht begrA¾ndete, wies die Beklagte durch Widerspruchsbescheid vom 28.05.1999 mit der Begründung zurück, die Bewilligungsentscheidung sei gem § 47 Abs 2 Satz 1 Nr 1 SGB X zu Recht widerrufen worden, da der bewilligte Lohnkostenzuschuss nicht mehr dem Zweck entsprechend eingesetzt werde. Dem KlĤger sei bekannt, dass die FĶrderung zurückzuzahlen sei, wenn die Arbeitnehmerin nicht durchgehend ein Jahr beschĤftigt werde. Der ļberzahlte Betrag sei gem <u>§ 50 Abs 1 Satz 1 SGB X</u> zu erstatten.

Dagegen hat der KlĤger Klage zum Sozialgericht Neuruppin erhoben, das den Rechtsstreit an das Ķrtlich zustĤndige Sozialgericht Nürnberg (SG) verwies. Der KlĤger hat beantragt, den Bescheid der Beklagten vom 12.03.1999 und den Widerspruchsbescheid vom 28.05.1999 aufzuheben. Der Beklagten stehe ein Rückforderungsanspruch nicht zu.

Mit Urteil vom 24.11.1999 hat das SG die Klage abgewiesen und zur BegrÃ $\frac{1}{4}$ ndung ausgefÃ $\frac{1}{4}$ hrt: Zu Unrecht habe die Beklagte den Aufhebungsbescheid auf $\frac{2}{4}$ hrt: Zu Unrecht habe die Beklagte den Aufhebungsbescheid auf $\frac{2}{4}$ hrtzt. Einschl $\frac{2}{4}$ krgig sei vielmehr $\frac{2}{4}$ krgig sei vi

Gegen dieses Urteil hat der KlĤger Berufung zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt und auf sein bisheriges Vorbringen Bezug genommen.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts $N\tilde{A}^{1}/_{4}$ rnberg vom 24.11.1999 sowie den Bescheid vom 12.03.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.05.1999 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Nþrnberg vom 24.11.1999 zurückzuweisen.

Sie verweist auf die ihrer Ansicht nach zutreffenden Ausfļhrungen des erstinstanzlichen Urteils.

Zur Ergänzung des Sachverhalts wird auf die beigezogenen Akten der Beklagten sowie die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Das Gericht kann ohne m $\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung entscheiden, weil das Einverst \tilde{A} \times ndnis der Beteiligten vorliegt (\hat{A} \times 124 Abs 2 SGG).

Die Berufung des Klägers ist zulässig (§Â§ 143, 144, 153 Sozialgerichtsgesetz [SGG]), aber nicht begründet. Zu Recht hat das SG die Klage gegen den Aufhebungs- und Rückforderungsbescheid vom 12.03.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.05.1999 abgewiesen. Allerdings lässt sich die Aufhebung der Leistungsbewilligung nicht auf <u>§ 47 Abs 2 Satz 1 Nr 1 SGB X</u> stützen, wie dies die Beklagte getan hat.

Nach <u>§ 47 Abs 2 Satz 1 Nr 1 SGB X</u> in der ab 21.05.1996 gültigen Fassung (Art 6 Abs 2 Gesetz vom 02.05.1996, BGBI I S 656) kann ein rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakt, der eine Geld- oder Sachleistung zur Erfüllung eines bestimmten Zweckes zuerkennt oder hierfA1/4r Voraussetzung ist, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise auch mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen werden, wenn die Leistung nicht, nicht alsbald nach der Erbringung oder nicht mehr få¼r den in dem Verwaltungsakt bestimmten Zweck verwendet wird. Vorliegend ist jedoch der Anwendungsbereich des § 47 Abs 2 Satz 1 Nr 1 SGB X nicht erĶffnet. Zwar werden von dieser Bestimmung grundsÄxtzlich Leistungen der Beklagten an Arbeitgeber erfasst (von Wulffen, SGB X, 4.Aufl, § 47 RdNr 14), allerdings nicht schon alle Verwaltungsakte, denen eine mit der Sozialleistung zusammenhĤngende Zwecksetzung zugrunde liegt. Die Vorschrift knüpft vielmehr ausschlieÃ∏lich an die im Verwaltungsakt selbst getroffene Zweckbestimmung zur Verwendung der bewilligten Geld- oder Sachleistung an (BSG SozR 3-1300 § 47 Nr 1). Daher kommt ein Widerruf rechtmäÃ∏iger begünstigender Verwaltungsakte nach <u>§ 47 Abs 2 SGB X</u> nur in Betracht, wenn der EmpfĤnger der Leistung den im Verwaltungsakt festgelegten Leistungsverwendungszweck nicht erfÃ1/4llt.

Im Bewilligungsbescheid vom 19.10.1998 ist aber eine zum Widerruf berechtigende Zweckbestimmung nicht enthalten. Er enthĤlt im Betreff lediglich die Formulierung "Freie FĶrderung gem <u>ŧ 10 SGB III</u>; Sonderprogramm des Arbeitsamtes E. zur Integration arbeitsloser Jugendlicher sowie FH-/Hochschulabsolventen". Eine die Verwendung des gezahlten Zuschusses betreffende Bestimmung, zB dass der Kläger den Lohnkostenzuschuss nur zur Zahlung des Nettolohnes, der Lohnsteuer der Arbeitnehmerin oder deren Sozialversicherungsbeiträge verwenden darf, ist dem bewilligenden Verwaltungsakt mithin nicht zu entnehmen.

Eine eigenständige Rechtsgrundlage für die Rückforderung des Lohnkostenzuschusses stellt jedoch <u>§ 223 Abs 2 SGB III</u> dar (BSG Urteile vom 21.03.2002 â B 7 AL 48/01 R und B 7 AL 68/01 R). Nach § 223 Abs 2 SGB III in der bis 31.07.1999 geltenden Fassung ist der Eingliederungszuschuss â C zu den Eingliederungszusch ¼ssen z Āxhlen auch Lohnkostenzusch ¼sse an Arbeitnehmer (Menard in Niesel, SGB III, 2. Auflage § 217 RdNr 1) â C zur ¼ckzuzahlen, wenn das Besch Āxftigungsverh Āxltnis w Āxhrend des FĀ rderungszeitraumes beendet wird. Dies war hier der Fall. Das Besch Āxftigungsverh Āxltnis der Arbeitslosen D. J. endete am 16.12.1998, also innerhalb des bis 14.10.1999 laufenden FĀ rderungszeitraums. Ab diesem Zeitpunkt hatte der Kl Āxger, wie sich aus seinem Schreiben vom 16.12.1998 an das Arbeitsamt S. ergibt, die Mitarbeiterin freigestellt. Darauf, ob das Arbeitsverh Āxltnis, etwa durch K¼ndigung, beendet wurde, kommt es nicht an, denn der Wortlaut des § 223 Abs 2 SGB III in der bis zum 31.07.1999 geltenden Fassung stellt auf das Ende des Besch Äxftigungsverh Äxltnisses ab.

Ausnahmen von der Rückzahlungsverpflichtung gemÃxÃ∏ § 223 Abs 2 Satz 2 Nrn 1, 2 SGB III liegen nicht vor.

Daneben sind die Voraussetzungen der $\frac{\hat{A}\hat{S}\hat{A}\hat{S}}{48}$, $\frac{50 \text{ SGB X}}{50 \text{ SGB X}}$ nicht zu pr \hat{A}^{1} /4fen. Auf Grund der Regelung des $\frac{\hat{A}\hat{S}}{48}$ 223 Abs 2 SGB III bedarf es n \hat{A} mmlich einer gesonderten Aufhebung der urspr \hat{A}^{1} /4nglichen Bewilligung nicht (BSG, Urteile vom 21.03.2002 aaO).

Auf den Wegfall der Bereicherung kann sich der KlĤger nicht berufen, da der Ķffentlich-rechtliche Erstattungsanspruch keinen Raum für die ergĤnzende Heranziehung bürgerlich-rechtlicher Vorschriften über die ungerechtfertigte Bereicherung lässt (BSG SozR 1500 § 51 Nr 28; BT-Druck S.8/4022 S.83 zu § 48; Wiesner in von Wulffen, SGB X, 4. Auflage, § 50 RdNr 1). Rechtlich unerheblich ist es, dass die Beklagte ihren Anspruch auf eine unzutreffende Norm gestützt hat. Ob ein Verwaltungsakt gesetzmäÃ□ig ist, prüfen die Gerichte bei gebundenen Entscheidungen nämlich unabhängig von der im Verwaltungsakt gegebenen Begründung. Die sachlich zutreffende Begründung ist insoweit keine zusätzliche Voraussetzung der RechtmäÃ□igkeit des Verwaltungsaktes (MeyerLadewig, SGG, 7.Aufl, § 54 RdNr 35).

Aus diesen GrÃ $\frac{1}{4}$ nden ist die Berufung des KlÃ $\frac{1}{4}$ gers gegen das Urteil des Sozialgerichts NÃ $\frac{1}{4}$ rnberg vom 24.11.1999 zurÃ $\frac{1}{4}$ ckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs 1 SGG</u>.

 $Gr\tilde{A}\sqrt[4]{n}$ nde, die Revision nach \hat{A} § 160 Abs 2 Nrn 1 und 2 SGG zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 20.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024